Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf • [Auswärts 20 Pf.] • Nr 438 • A 222 DONNERSTAG, 17. SEPTEMBER 1931 MORGEN-AUSGABE • V

Neun Forderungen an die Reichsregierung

Mit Spannung wartet die deutsche Oeffentlichkeit auf die neuen Notmaßnahmen, mit denen die Reichsregierung den Gefahren des Winters entgegenzutreten beabsichtigt. An Vorschlägen aller Art ist kein Mangel. Zu Bergen häufen sich Denkschriften und Programme. Schade, daß diese Fülle der Pläne und Vorschläge nur darin Uebereinstimmung zeigt, daß der eine leidenschaftlich bekämpft, was der andere ebenso leidenschaftlich wünscht. Wer nicht dazu beitragen will, unter immer neuen Papierbergen die Dinge zu begraben, die sofort geschehen können und geschehen müssen, wird darauf verzichten, aus der Not des Augenblicks grundsätzliche Konsequenzen zu ziehen und umwälzende Pläne zu propagieren. Gegen die Weltkrise und ihre Ursachen muß auf internationalem Boden gekämpft werden. Gegen die deutsche Sonderkrise helfen nicht am Schreibtisch erklügelte Konstruktionen, die auf der fatalistischen Voraussetzung beruhen, daß die Lähmung der Weltwirtschaft unheilbar sei, sondern praktische Vorschläge, deren Erörterung zur Klärung beitragen und zur Verwirklichung führen soll. Als Grundlage eingehender Untersuchungen, die in den nächsten Wochen in der „Vossischen Zeitung" durchgeführt werden sollen, seien hier die folgenden Leitsätze wiedergegeben:

I. Preissenkung und Abbau der Produktionskosten

1. Senkung der Grundstoffpreise (Kohle, Eisen, Baustoffe, Düngemittel usw.) durch Auflockerung nötigenfalls vorübergehende Aufhebung der die freie Preisbildung hemmenden Kartelle und Syndikate. Ermäßigung der Frachten. Verminderung der Preisspanne durch Verbilligung des Verteilungsapparates.

2. Senkung der Lebensmittelpreise durch Umstellung der Landwirtschaft und zollpolitischen Maßnahmen.

3. Senkung der Mieten durch Aufhebung der Hauszinssteuer und Streichung der Zinsen für Hauszinssteuer-Hypotheken. Wiederherstellung normaler Verhältnisse auf dem Grundstücks- und Wohnungsmarkt.

4. Schutz der Kaufkraft der Bevölkerung durch Erhaltung des Reallohnes.

II. Etatbereinigung und Umschuldung

1. Balancierung der öffentlichen Haushalte in Reich, Ländern und Gemeinden durch Ersparnisse bei den Personal- und Sachausgaben. Verwaltungsvereinfachung und Reichsreform. Umbau des Steuersystems. Sofortige Beseitigung von Steuern und Abgaben, die der Sanierung und Belebung der Wirtschaft im Wege stehen, nötigenfalls unter Heranziehung der in der Umsatzsteuer liegenden Reserven.

2. Umschuldung der kurzfristigen Verpflichtungen der Länder und Gemeinden unter Mithilfe des Reiches. Erleichterung der Umschuldung für die private Wirtschaft durch Steuerfreiheit für neu zu schaffende Vorzugsaktien und Obligationen.

III. Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

1. Verminderung der Zahl der Arbeitslosen durch gesetzliche Durchführung der 40-Stunden-Woche in allen geeigneten Betrieben und bessere Verteilung der vorhandenen Arbeitsplätze.

2. Ausweitung des Kreditvolumens durch liberalere Kreditpolitik der Reichsbank. Senkung des Diskontsatzes.

3. Arbeitsbeschaffung durch wirtschaftlich berechtigte Aufträge der öffentlichen Hand, insbesondere auf dem Gebiet der Reichsbahn, der Reichspost, des Straßenbaues und des Siedlungswesens nach Durchführung der geforderten Maßnahmen zur Senkung des Preisniveaus.

Paris erwartet Hoover-Aktion

Washington soll sein Gold mobilisieren

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 16. SEPTEMBER

Zum erstenmal seit langer Zeit haben Deutschland und Frankreich auf dem Felde der internationalen Politik nicht gegeneinander, sondern miteinander gearbeitet und gemeinsam einen Beschluß durchgesetzt. Zum erstenmal sieht man sogar im „Temps" die Namen Briand und Curtius friedlich nebeneinander stehen, ohne daß gleich ein Hieb gegen Deutschland darauf folgt. Den „energischen Interventionen" der beiden Außenminister wird es zugeschrieben, daß die Sprengung der Europakommission in Genf verhindert worden ist. Der „Temps" glaubt, daß dadurch eine Gefahr für die europäische Zusammenarbeit beseitigt ist und daß man ohne weitere Quertreibereien unmittelbare Ergebnisse erwarten darf.

Man kann dieser Aeußerung eines gewiß nicht deutsch-freundlichen Blattes als ein Zeichen dafür ansehen, daß die Stimmung angesichts der bevorstehenden französischen Ministerreise nach Berlin sich bessert, auch wenn man an anderer Stelle in Paris sich noch immer außerordentlich skeptisch äußert.

Vielleicht ist es ein Zufall, aber dann jedenfalls ein interessantes Zusammentreffen, daß das Bekenntnis zur europäischen Einheitsfront in Frankreich sich grade in dem Zeitpunkt verstärkt, wo von Amerika her Gerüchte über die Ausdehnung des Hoover-Moratoriums kommen.

Die Vorschläge der Bankiers, die am Montag im Weißen Haus in Washington tagten, gingen in zwei sehr verschiedenen Richtungen. Die einen regen an, daß das Prohibitionsgesetz gemildert und aus fiskalischen Gründen und zur Behebung der Arbeitslosigkeit statt des bisherigen ½prozentigen leichten Bieres 3prozentiges Bier gebraut werden soll. Dieser Vorschlag soll bei dem strikten Abstinenzler Hoover sehr wenig Anklang gefunden haben.

International wichtiger ist ein anderer Vorschlag, der dahin geht, daß die amerikanischen Notenbanken das aufgespeicherte Gold zum Ankauf von Wertpapieren benutzen und dadurch die Börse wieder beleben sollen. Die Goldreserve des amerikanischen Notenumlaufs beträgt gegenwärtig 82 Prozent, während die offizielle Deckungsgrenze nur 40 pCt. beträgt. Wie diese Pläne von den amtlichen Stellen aufgenommen werden, ist noch nicht bekannt, aber die neue Börsendepression wird der Anregung der Bankiers sicherlich eine starke Resonanz verschaffen.

Luther gegen inflationistische Projekte

Handelsvolumen bestimmt Kreditvolumen

Der Präsident der Reichsbank, Dr. Luther, veröffentlicht im „Heimatdienst" einen ausführlichen Artikel über die aktuellen Probleme der Kreditpolitik, wobei er in seinen Schlußfolgerungen sich scharf gegen alle Projekte ausspricht, die auch nur irgendwie die Möglichkeit einer neuen Inflation in sich bergen. Er stellt fest:

1. Was den Bruch im Kredit- und Zahlungssystem am 13. Juli erzwang, war ein Run der Auslandsgläubiger auf Deutschland.

2. Stillhaltung und Devisenbewirtschaftung sind die vorläufige Sicherung gegen die Wiederholung eines Runs der Auslandsgläubiger.

3. Stillhaltung und Devisenordnung machen es möglich, trotz des starken Devisenverlustes der ersten sieben Monate des Jahres 1931 das alte Kreditvolumen, soweit es noch wirtschaftlich gerechtfertigt ist, im wesentlichen aufrechtzuerhalten. Eine Ausdehnung des Kreditvolumens hat zur Voraussetzung eine Ausdehnung des Handelsvolumens, die zur Zeit nicht besteht.

4. Binnenwährungsprojekte und Aehnliches können die Kreditnöte nicht beseitigen, sondern führen in eine Inflation. Sofern eine entsprechende Ausdehnung des Handelsvolumens sich vollzieht, ist eine gesunde und gerechtfertigte Kreditausdehnung auch in Reichsmarkwährung möglich."

Mit vielen Tatsachen, bis zum 13. Juli zurückgreifend, untersucht Dr. Luther die Ereignisse, die zum Run der Auslandsgläubiger auf die deutschen Banken und damit die Reichsbank führten. Er gibt ein tragisches Bild der ergebnislosen Suche nach neuer finanzieller Hilfe des Auslandes. Als die Reichsbank keinen Zweifel mehr darüber haben konnte, daß „der Anleiheweg nicht beschreitbar war, und daß grade dieser Weg alsbald vom Wirtschaftlichen fort und ins Politische hineinführen würde", entschloß man sich zu den Schalterschließungen der Banken, da man schon seinerzeit alle Projekte einer unbeschränkten Hergabe von Reichsbanknoten zur Ueberbrückung der plötzlichen Geldknappheit entschieden bekämpfte.

„In diesem Zusammenhang blieb unbeachtet", so führt Dr. Luther aus, „daß dann der Devisenhamsterei Tor und Tür geöffnet worden und zugleich eine Flucht in die Sachwerte mit Preissteigerungen ermöglicht wäre, die bei den Inflationserinnerungen der Bevölkerung katastrophale Ausmaße angenommen hätte. Geldverknappung war damals sicher das allein Richtige."

Mit diesem Mittel, das in der starren Diskontpolitik seinen Ausdruck fand, wurden die erhofften Anfangserfolge erzielt. Die Verhandlungen über das jetzt in Basel unterzeichnete Stillhalteabkommen konnten eingeleitet werden. Die heutige Gestaltung des Devisenverkehrs ist zwar bis zu einem gewissen Grade künstlich. Die Handhabung der Devisenordnung erfolgt jedoch so, daß die legitimen Devisenbedürfnisse des Außenhandels voll befriedigt werden. Deutschland hat, wie Luther betont, ein dringendes Interesse daran, diesen Zustand aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde werden dem Außenhandel durch die Devisenbewirtschaftung so wenig wie möglich Schwierigkeiten gemacht. Wenn diese Taktik aber liberal gehandhabt werden soll, so muß für einen entsprechenden Deviseneingang Sorge getragen werden, und damit ist die Begründung für die Heranziehung aller in deutschem Besitz befindlichen Auslandsvaluten im Gegenwert von mehr als 1000 Mark begründet.

Kleine Aktienrechts-Reform

Beratungen des Reichskabinetts

Das Reichskabinett hat gestern, nachdem in der Montagsitzung die Frage der Bankenaufsicht erörtert worden war, die geplante Reform des Aktienrechts in Angriff genommen. Es steht jetzt fest, daß nicht sofort die große, seit Jahren geplante Reform des gesamten Aktienwesens durchgeführt werden wird, sondern nur eine Anzahl von Maßnahmen, die sich aus den Erfahrungen der letzten Zeit ergeben und deren Ziel es sein wird, eine schärfere Beaufsichtigung der Aktiengesellschaften im Interesse der Aktionäre und der gesamten Wirtschaft zu ermöglichen.

Zu diesem Zweck wird die kommende Notverordnung das bestehende Aktienrecht in folgenden Punkten abändern: Verschärfung der Haftungs- und Strafbestimmungen für die Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates, ziffernmäßige Begrenzung der Mitgliederzahl der Aufsichtsräte und Begrenzung der Zahl von Aufsichtsratsmandaten in einer einzigen Hand. Zugunsten der Aktionäre soll sich die Reform in der Weise auswirken, daß die Gesellschaften zur größeren Publizität verpflichtet werden.

Die Beratungen des Reichskabinetts werden heute und in den nächsten Tagen fortgeführt werden, wobei dann die sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen behandelt werden sollen.